



Newsletter 02/23, 28. Februar 2023

Liebe Freundinnen und Freunde, sehr geehrte Damen und Herren,

erst Ankündigung, dann Streit, schließlich erneut keine Resultate: Das ist der Zyklus von Vorschlägen aus dem Kreis der Bundesregierung. Deutschland kann sich diese Tatenlosigkeit nicht länger leisten. Zuletzt zeigte sich das im publik gewordenen schriftlichen [Schlagabtausch zwischen Wirtschaftsminister Robert Habeck \(Grüne\) und Finanzminister Christian Lindner \(FDP\)](#) zum Haushalt 2024.

Die Liste an vordringlichen politischen Aufgaben wächst stetig. Hier nur einige Beispiele, bei denen sich die verschiedenen Ressorts nicht einigen können und die daher auf die lange Bank geschoben werden:

- Im Streit um die Verlängerung der Laufzeiten der Kernkraftwerke hatte Bundeskanzler Scholz in seiner Richtlinienentscheidung ein „ambitioniertes Energieeffizienzgesetz“ angekündigt. Vier Monate später gibt es hierfür noch keinen abgestimmten Gesetzentwurf der Bundesregierung.
- Die Nationale Sicherheitsstrategie wird erneut verschoben: der Prozess steckt im Streit um Zuständigkeiten fest. Der Zeitplan, die Strategie zur Münchner Sicherheitskonferenz vorzustellen, konnte aufgrund der Uneinigkeit in der Bundesregierung nicht eingehalten werden. In zentralen Fragen (NATO 2%-Ziel, Einrichtung eines Nationalen Sicherheitsrats, Bundeskompetenzen beim Zivilschutz, Umgang mit China) herrscht Dissens. Dieser Streit

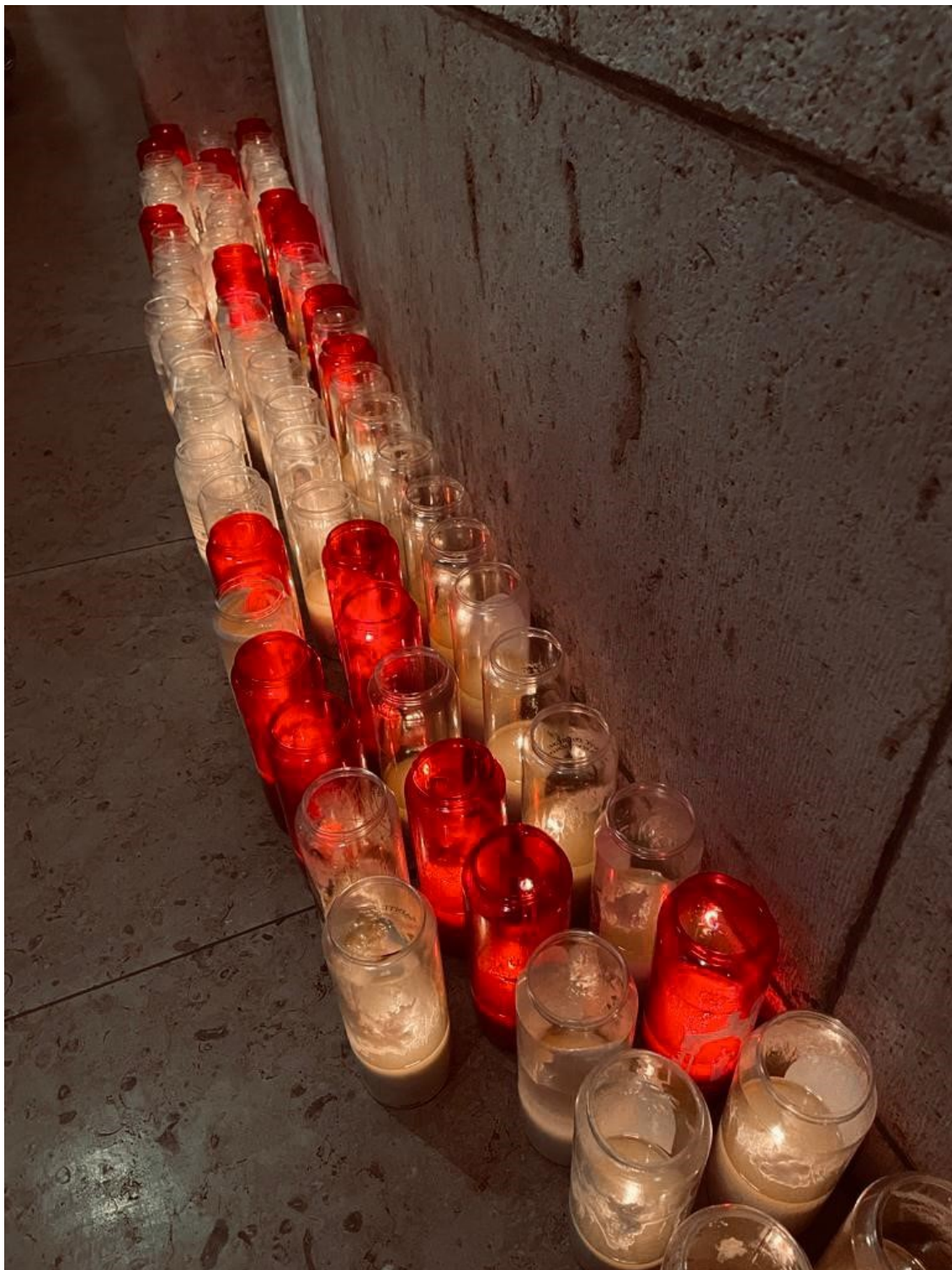
steht exemplarisch für das zerrüttete Verhältnis zwischen Auswärtigem Amt, dem Bundesfinanzministerium und dem Kanzleramt.

- Eckpunkte für eine Pflegereform, die für Ende 2022 angekündigt worden sind, liegen immer noch nicht vor.
- Die im Koalitionsvertrag vereinbarte regelhafte Dynamisierung des Pflegegeldes, die die Pflegebedürftigen deutlich entlasten würde, ist die Bundesregierung immer noch nicht angegangen.
- Die von Verkehrsminister Wissing avisierte Planungsbeschleunigung beim Bau von Autobahnen (inklusive Brücken und Bundesstraßen), Schienen und Wasserstraßen scheitert am Widerstand der grünen Bundesministerien gegen den Neubau von Straßen.
- Trotz vieler Ankündigungen des Landwirtschaftsministeriums gibt es weiterhin keinen Vorschlag für eine umfassende, verpflichtende Herkunftskennzeichnung.
- Die angekündigte Wasserstoffstrategie liegt nicht einmal im Entwurf vor.

Es bleibt zu hoffen, dass die Koalition nun schleunigst eine einheitliche Linie findet und die vielen Baustellen angeht. Wir als CDU/CSU-Bundestagsfraktion sehen uns auch im Jahr 2023 in der Rolle der konstruktiven Opposition und werden bei Vorhaben, die wir nicht unterstützen können, immer eigene Vorschläge einbringen.

Ihre

Neues aus dem Bundestag



Außenpolitisch beschäftigen uns derzeit mehrere Krisenherde. Das schreckliche Erdbeben in der Türkei und Syrien hat mittlerweile über 40.000 Todesopfer gefordert. Die Flagge auf dem Bundestag stand lange auf Halbmast. Wir können hier vor allen mit Spenden helfen, so zum Beispiel über die [Aktion Deutschland hilft](#), die [Caritas](#) oder das [Deutsche Rote Kreuz](#).

Auch im Iran geht der Krieg des Regimes gegen seine Bevölkerung unvermittelt weiter. Die Möglichkeiten, die wir als einzelne haben, hier zu helfen, sind begrenzt. Ich habe als Bundestagsabgeordnete eine Patenschaft für eine Iranerin übernommen in der Hoffnung, sie vor Schlimmerem bewahren zu können und habe mich in Briefen an den iranischen Botschafter in Deutschland gewandt.

Die kurdische Aktivistin, Lehrerin und Dokumentarfilmerin Mojgan Kavooosi wurde im Iran zu 62 Monaten Haft verurteilt. Sie wurde im September 2022 verhaftet und nach einem Verhör in das Gefängnis Tankabon gebracht. Seitdem war sie politische Gefangene und

wurde im Dezember 2022 vom Revolutionsgericht von Sari verurteilt. Auch wenn sie jetzt gegen eine Kautionsfreigabe freigelassen wurde, ist die Gefahr für sie und viele andere Gefangene des Mullah-Regimes noch nicht vorbei. Gegen das barbarische Vorgehen des iranischen Regimes, die brutale Verfolgung von Demonstrantinnen und Demonstranten muss sich auch die internationale Staatengemeinschaft viel deutlicher positionieren. Damit die Stimmen der Menschen im Iran gehört werden! Hier mein [Video-Statement](#) zur Verhaftung und Verurteilung von Mojgan Kavosi.



Plenarwoche vom 06.-10. Februar

Unser [Leitantrag der Woche](#) beschäftigte sich mit den Härtefallhilfen gegen hohe Energiepreise.

Gut zehn Millionen Haushalte in Deutschland heizen mit Öl und Pellets. Gerade ländliche Regionen ohne Gasnetze sind auf diese Energieträger angewiesen. Viele Betriebe, vor allem kleine und mittlere Unternehmen im ländlichen Raum, vertrauen auf Öl, Pellets oder Flüssiggas als Produktions- und Heizmittel. Manche Unternehmen haben jüngst anlässlich der Energiekrise sogar gezielt einen Brennstoffwechsel unternommen – auch als Beitrag zur Reduzierung des Gasverbrauchs.

Auf unseren Druck hin hat die Bundesregierung Gelder für Härtefallhilfen für private Nutzer von Öl-, Pellet- oder Flüssiggasheizungen sowie für kleine und mittlere Unternehmen und für Kultureinrichtungen versprochen. Die Voraussetzungen für eine zeitnahe und unbürokratische Auszahlung dieser Härtefallhilfen müssen jetzt schnellstmöglich geschaffen werden. Dennoch haben die Regierungsfaktionen im Haushaltsausschuss die Freigabe der im Wirtschaftsstabilisierungsfonds vorgesehenen Mittel für die Härtefallregelungen sowohl für kleine und mittlere Unternehmen als auch für Kultureinrichtungen verweigert.

Die Entlastung bei den Energiekosten für Betriebe und Privathaushalte war von der

Bundesregierung fest zugesagt worden. Der Wortbruch der Ampel-Koalition war ein verheerendes Signal an Wirtschaft und Verbraucher. Die Menschen müssen sich auf die Ankündigungen der Politik verlassen können. Schließlich kam es aufgrund des massiven öffentlichen Drucks, angeführt von der Unionsfraktion als Opposition, doch noch zu einer Kehrtwende und kleine und mittlere Unternehmen erhalten die dringend benötigten Härtefallhilfe.

Auf unsere Initiative fand die aktuelle Stunde: "Krise auf dem Wohnungsmarkt – jetzt entschlossen gegensteuern" statt.

Mit Amtsantritt hatte die Ampel-Regierung das Ziel ausgegeben, pro Jahr 400.000 neue Wohnungen – davon 100.000 Sozialwohnungen – bauen zu wollen. Aber mittlerweile hat Bauministerin Geywitz einräumen müssen: Dieses Ziel wird für die Jahre 2022 und 2023 klar verfehlt. Zu erwarten ist, dass es auch für 2024 gelten wird. Bereits jetzt besteht in vielen Regionen ein erheblicher Mangel an Wohnraum. Das wirtschaftliche Umfeld bleibt auch auf absehbare Zeit sehr herausfordernd: Zinsen und Materialkosten steigen weiter und auf dem Bau herrscht ein immenser Fachkräftemangel. Hinzu kommen von der Ampel hausgemachte Probleme, wie etwa das Chaos bei der KfW-Förderung, überhöhte Standards für die Energieeffizienz oder die Abschaffung bewährter Programme wie das Baukindergeld. Bauherren werden dadurch verunsichert.

Bezahlbares Wohnen ist eine der wichtigsten sozialen Fragen unserer Zeit – in der Stadt und auch im ländlichen Raum. Bauen und Investieren braucht aber vor allem eines: Planungssicherheit und Verlässlichkeit. Für uns gilt: Nur mit mehr Wohnungsneubau nehmen wir Druck von den Mieten und schaffen Wohnraum für Familien. Dabei müssen wir alle Wohnformen in den Blick nehmen: Mietwohnungen, Eigentumswohnungen und Einfamilienhäuser. Wir wollen keine ideologischen Einschränkungen beim Wohnungsbau. Nur wenn wir alle Kräfte bei Bauherren und Unternehmen freisetzen und alle Wohnformen berücksichtigen, können wir den Wohnungsneubau in Schwung bringen. Wir brauchen deshalb eine Offensive für den Wohnungsbau ohne ideologische Einschränkungen.



Helau, Alaaf, Narri Narro ... im Bundestag!

Viele Freunde von Fasnacht, Fasching und Karneval haben kürzlich einen interfraktionellen Arbeitskreis im Bundestag gegründet. Ich habe mit einem Kollegen aus der Ortenau die süddeutsche schwäbisch-alemannische Fasnacht repräsentiert und „Narri - Narro“ und „Friß'n weg - d'Schnegg“ zum Besten gegeben. Im [SWR](#) wurde darüber berichtet.

Fasnacht ist Brauchtum, Gemeinschaft und Zusammenhalt. Sie verbindet und kennt keine Nationalität, bei Karneval, Fasching und Fasnacht sind alle gleich: Inklusion und Integration werden seit Jahrzehnten in den Vereinen und Verbänden gelebt. Diese sind darüber hinaus ein wichtiges Vorbild für bürgerschaftliches und ehrenamtliches Engagement: Mehr als 2.600.000 Menschen engagieren sich in den mehr als 5.300 Karnevalsvereinen - bei uns sind das die Cliques und Guggen - Deutschlands. Dass die Tradition „lebt“ zeigt auch das Engagement junger Menschen, immerhin 700.000 Jugendliche arbeiten in den Vereinen mit.

Zwei meiner Kollegen aus dem Gesundheitsausschuss sind übrigens genauso fasnachtsbegeistert wie ich: Erwin Rüdell und Dr. Georg Kippels!

In der Landesvertretung Baden-Württemberg tagte außerdem das Stockacher Narrengericht. Hier wurde die Situation der Hauptstadtschwaben verhandelt: Jens Spahn hat die Berliner Anklage sehr gut vertreten und seinen Job richtig gut gemacht. Wobei ich als Badenerin die humorvollen Spitzen gegen die Schwaben durchaus nachvollziehen konnte. Rezzo Schlauch in Vertretung für Minister Cem Özdemir hat die Schwaben in Berlin würdig und humorvoll juristisch vertreten, so dass ich mich in seinen Ausführungen über den Einfluss der Schwaben in Berlin auch als Baden-Württembergerin repräsentiert gefühlt und wiedererkannt habe. Eine sehr schöne Veranstaltung mit vielen lieben närrischen Kolleginnen und Kollegen! Und der Wein kam aus unserer schönen Heimat!





DialogWERKSTATT „Menschenhandel und Zwangsprostitution in Deutschland“

Können und sollten wir mit dem Nordischen Modell auch in Deutschland, dass als „Bordell Europas“ bezeichnet wird, die Nachfrage reduzieren? Diese Frage habe ich in meiner digitalen DialogWERKSTATT mit Sandra Norak, Diplom-Juristin (Univ.), ehemals selbst Betroffene von Menschenhandel und Initiatorin der Betroffenenorganisation Ge-STAC, Katrin Kern, Vorsitzende der Frauen Union Freiburg und Polizistin sowie Frank Heinrich MdB a.D., Experte für Menschenhandel und 50 interessierten Bürgerinnen und Bürgern diskutiert.

Sandra Norak schilderte sehr persönlich ihre Erfahrungen beim Einstieg ins Milieu. Sie wurde nach Kontaktaufnahme und Herstellen eines vertrauten Verhältnisses von zwei erwachsenen Personen und der sogenannten „Loverboy-Methode“ gezielt emotional manipuliert, um zur Prostitution gedrängt zu werden. Erst einmal im in diesem Gewerbe "angekommen" erklärte sie die vielen Faktoren, die es den Frauen sehr schwer bis unmöglich machen, wieder auszusteigen: Über Drohung, Zwang, Gewalt, Isolierung, Scham und das Gefühl, keine Zukunft zu haben bis hin zum von außen eingeflüßten Glauben, eigentlich selbstbestimmt und freiwillig zu handeln. Besonders wichtig war ihr, dass die Aufklärung in der Gesellschaft solch einen Verlauf des Einstiegs ins Milieu möglicherweise hätte verhindern können, hätte sie um die perfiden Manipulationstechniken gewusst, da die Methode des Anwerbens oftmals nach einem erkennbaren Muster verläuft. Ihr war wichtig aufzuzeigen, dass mit der Loverboy-Methode auch junge Frauen aus gutbürgerlichen Kreisen in die Prostitution getrieben werden. Dem pflichtete auch Katrin Kern bei. Sie hob zudem das Abhängigkeitsverhältnis von oftmals sehr jungen und der deutschen Sprache nicht mächtigen Frauen hervor, was es der Polizei und Beratungsstellen sehr schwer mache, einen Kontakt herzustellen. Hier mahnte sie auch die aktuellen Instrumente an: "Die nach dem Prostituiertenschutzgesetz vorgegebenen Gesprächsintervalle mit prostituierten Menschen ermöglichen allermeist nicht das Entstehen eines Vertrauensverhältnisses, das für eine echte Hilfestellung grundlegend wäre. Mit Hilfen muss dringend nachjustiert werden!"

Frank Heinrich, der sich schon lange mit dem Thema Prostitution und Menschenhandel

beschäftigt und auch im Bundestag dazu Initiativen anstieß, verwies auf das bereits in vielen Ländern geltende Nordische Modell, nach dem Ausstiegsprogramme erstellt und gefördert werden und anstelle der Prostituierten der Sexkäufer kriminalisiert wird. "Hier wird die Person, die Sex zum Kauf anbietet, weder bestraft, noch erfährt sie eine Ächtung. Dies trifft lediglich den Freier", so Heinrich. Dass das Bewusstsein für die Situation und das Umdenken vom liberalen Ansatz zu einer stärkeren Reglementierung weiter wachsen muss und dies auch tut, zeigte er am Beispiel von Schweden, wo heute 2/3 der Gesellschaft das Nordische Modell befürworten, "Wichtig ist aber auch, dass wir langfristig einen EU-weiten Ansatz zur Lösung der Problematik verfolgen, denn bislang verlagert sich das Problem bei strengeren Regeln in einem Land über die Grenze ins Nachbarland". In Deutschland wurde mit der Legalisierung der Prostitution als Beruf ein massiver Anstieg dieser ausgelöst, ganz besonders auch in Grenzregionen zum Beispiel zu Frankreich oder zur Schweiz. Außerdem zog die Legalisierung das Problem nach sich, dass der Staat Handhabungen im Vorfeld verloren hat. Beispielsweise die sehr präzente Werbung für Sexkauf und Bordelle, die suggeriert, dass es ein ganz normales Angebot wie jeder andere Kauf auch ist. Dem müsste laut Kern gegenüberstehen: "Wer mit Menschen handelt, muss ins Gefängnis!"

Einig waren sich sowohl Expertinnen und Experten als auch das Plenum, dass das Milliardengeschäft mit käuflichem Sex eingedämmt und unattraktiv gemacht werden muss. Auch wenn nicht von heute auf morgen das Nordische Modell eingeführt werden kann, müssen doch alle verfügbaren Maßnahmen im Vorfeld genutzt werden. Hierzu zählt auch ganz besonders die von Sandra Norak angemahnte Aufklärungsarbeit in der Gesellschaft, insbesondere in Schulen für Mädchen und Jungen. Auch der Strafraumen für Zuhälterei sollte verändert werden, denn dieser schrecke die Täter in keiner Weise ab. An die Forschung und Politik wurde appelliert, mehr Mut zu haben und das Thema intensiver zu bearbeiten.



Ein Jahr Krieg in der Ukraine - ein trauriges Jubiläum

Im Februar 2023 jährte sich der russische Überfall auf die Ukraine zum ersten Mal. Die vom russischen Präsidenten Wladimir Putin befohlene Invasion ließ den seit 2014 schwelenden Russisch-Ukrainischen Konflikt am 24. Februar 2022 eskalieren. Was wir uns

alle nicht vorstellen konnten, wurde über Nacht wahr: Es gibt einen Krieg in Europa und ein Ende ist bislang nicht abzusehen.

Dieser völkerrechtswidrige Krieg hat bisher 14.000.000 Ukrainerinnen und Ukrainer zur Flucht gezwungen. Infrastruktur wird gezielt zerstört, Gefangene gefoltert und Vergewaltigung und Verschleppung von Kindern als Kriegswaffe eingesetzt. Die Ukraine soll unterworfen und gleichzeitig in ihrer Identität zerstört werden.

Dem müssen wir als freiheitlich-demokratischer Westen weiterhin entschieden entgegentreten, denn dieser Krieg ist auch ein Krieg gegen unsere Freiheits- und Friedensordnung. Anderenfalls besteht die reale Gefahr, dass bald die nächsten Länder vom imperialistischen Streben Russlands betroffen sind und weitere Kriege folgen.

Ich selbst habe folgende Petition habe bei change.org unterschrieben und möchte auch Sie um Unterstützung bitten: ["Die Ukraine jetzt aufgeben? Nicht in unserem Namen!"](#). Wir dürfen nicht zulassen, dass Grenzen gewaltsam verschoben werden und imperialistisches Machtstreben sich durchsetzt.

Neues aus dem Wahlkreis



Vortrag von Roderich Kiesewetter "Sicherheit und Stabilität für Europa - Für die Herausforderungen der Zukunft gewappnet?" in Bad Bellingen

Auf meine Einladung in Kooperation mit der CDU Bad Bellingen kam Roderich Kiesewetter MdB, Sprecher der Union für Krisenprävention, am 23. Februar zum öffentlichen Vortrag

mit anschließender Diskussion nach Bad Bellingen! Anlässlich des Jahrestags des Kriegsbeginns in der Ukraine hat Roderich Kiesewetter über Sicherheit und Stabilität in Europa gesprochen. Es war eine sehr spannende Analyse mit strategisch klarem und kritischem Blick, die auch in der anschließenden Diskussion viel Zustimmung der ca. 60 anwesenden Bürgerinnen und Bürger erhielt.

Wie ist die Kriegssituation aktuell? Was sind die aktuell notwendigen Handlungsschritte? Wie müssen wir uns in der Zukunft aufstellen?

Anhand dieser drei Fragen fächerte Roderich Kiesewetter die sicherheitspolitische Situation in Europa auf:

- Viel zu lange wurde das Handeln Russlands akzeptiert: 2007 vollführte es einen Cyberangriff auf Estland, 2008 marschierte Russland in Georgien ein, 2014 annektierte es die Krim. Anstelle von Konsequenzen für dieses Handeln durch den Westen wurde - gleichsam einer Belohnung - die Pipeline Nordstream 1 gebaut. Die Strategie des Wandels durch Handel sowie durch Annäherung und Verflechtung ist als vollständig gescheitert anzusehen!
 - Die nun Russland gegenüber erlassenen Sanktionen greifen: Russland steht unter Druck und nutzt beispielsweise sämtliche Chipquellen, z.B. durch den Ausbau aus Waschmaschinen, und kauft diese über befreundete Staaten auf. Die jüngeren Sanktionen greifen nun auch dort an.
 - In Europa wurde die "Friedensdividende" (die Einsparung durch Kürzung der Militärausgaben) nicht genutzt, um in wirtschaftliche, innere und äußere Sicherheit zu investieren, sondern in soziale Sicherheit, gestützt durch billige Sicherheit aus den USA und billige Energie aus Russland. Dies muss sich nun ändern!
 - Deutschland hat eine "Scharnierfunktion" gegenüber den kleinen Ländern zum Schengenraum, die oftmals politischer Spielball sind.
 - Die Türkei muss als geopolitischer Eckpfeiler wahrgenommen werden, denn Präsident Erdogan spielt mit dem Druck, Grenzen zu öffnen und sich politisch die Türen nach allen Seiten offen zu halten.
 - Die Entwicklungshilfepolitik muss auf Ebene der EU gehoben werden, nötig sind z.B. für Afrika mehr Investitionen in Infrastrukturprojekte wie PV-Anlagen oder in die Bildung der Frauen. Dort muss ein Leben ermöglicht werden, das eine Zukunft vor Ort und nicht in Europa lebenswert macht!
-



Runder Tisch zur Fachkräfteoffensive im Ministerium der Justiz und Integration

2.000.000 Stellen können in Deutschland nicht besetzt werden. Dies wird zur echten Wachstumsbremse, wenn nicht endlich gegengesteuert wird! Besonders stark betroffen ist der Gesundheitssektor mit bereits jetzt 200.000 offenen Arbeitsplätzen und einem stetig steigenden Mangel an Personal.

Mit Vertretern von Kliniken, Pflegediensten, Leistungserbringern und anderen Praktikern haben wir uns beim Runden Tisch über Erfahrungen, Herausforderungen und Lösungsvorschläge zum massiven Fachkräfte- und Personalmangel ausgetauscht.

Dringend notwendig ist eine beschleunigte Anerkennung von Visa für ausländische Pflegekräfte, denn der Prozess dauert immer noch zu lang und ist zu kompliziert. Insgesamt muss das Verfahren entbürokratisiert werden, hierzu zählt auch eine verstärkte Digitalisierung und bessere personelle Ausstattung in den entsprechenden Behörden im Ausland wie im Inland, damit die Bearbeitung schneller erfolgen kann. Wir brauchen kein neues Fachkräfteeinwanderungsgesetz, sondern müssen gezielt an der operativen Umsetzung und den vielen bürokratischen Knotenpunkten arbeiten.

Derzeit ist die Situation wie folgt: Außenministerin Baerbock bekommt den Stau bei der

Visavergabe für Fachkräfte nicht in den Griff. Bewerber berichten von teils monatelangen Wartezeiten auf einen Termin an den deutschen Botschaften. Auf eine Anfrage unserer Fraktion kam heraus: Das Auswärtige Amt weiß nicht einmal, wie viele Visaverfahren anhängig sind und wie lange die Bearbeitung dauert! Die Angaben werden dezentral an jeder einzelnen der 174 Visastellen gespeichert, eine zentrale Auswertung oder Statistik gibt es gar nicht.

Ich bin sehr dankbar, dass Marion Gentges, Ministerin der Justiz und für Migration, meine Initiative für diesen Runden Tisch aufgegriffen und wir das Format gemeinsam gut umgesetzt haben!



Austausch zwischen Baden-Württemberg und Japan!

Als Mitglied der deutsch-japanischen Parlamentariergruppe hat mich der japanische Generalkonsul, Nobutaka Maekawa, in Südbaden besucht. Nobutaka Maekawa ist für die Beziehung zu Baden-Württemberg und Bayern verantwortlich und hat seinen Sitz in München. Bereits in der Ausbildung zum diplomatischen Dienst war er zwei Jahre in Freiburg, dieser südwestliche Landesteil Deutschlands war ihm also nicht unbekannt. Dennoch hat er bei dem intensiven Austausch und unserer Besichtigungstour viel Neues kennengelernt und war begeistert von meinem schönen Wahlkreis.

Wir waren im Dreiländermuseum Lörrach und haben uns sowohl die Dreiland-Ausstellung als auch die neue „Rhein-Ausstellung“ angeschaut. Dank eines wunderbaren Films konnten wir im Trockenen und Warmen eine Flussfahrt von Kleinbasel nach Markt machen und die Verflechtung des Wirtschafts- und Lebensraumes aufzeigen. Danach ging es auf

den Tüllinger, wo wir das Dreiland und die nicht sichtbaren Grenzen „von oben“ angeschaut haben. Er zeigte sich besonders interessiert an der Industriekultur und der wirtschaftlichen Verflechtung unserer Region, ebenso den Hauptbranchen Life Science, Maschinenbau, Automobilzulieferer und Logistik. Anschließend haben wir einen Rundgang durch das Vitra-House gemacht und eine Rübli-Torte im Vitra-Café gegessen. Dann ging es nach Badisch und Schweizer Rheinfeldern zum Gespräch mit Stadtamtmann Franco Mazzi, Oberbürgermeister Klaus Eberhardt und Bürgermeisterin Kristin Schippmann, einschließlich einer Altstadt-Führung durch Mazzi und einem leckeren Fisch-Mittagessen im Hotel Schiff.

Voller neuer Erkenntnisse ging es für Generalkonsul Nobutaka Maekawa am Abend wieder nach München zurück mit der Zusage, weiter an der Zusammenarbeit und Freundschaft sowie an Kooperation und wirtschaftlichem Austausch insbesondere in Technologie und Forschung von Japan und Baden-Württemberg zu arbeiten. Ich danke herzlich für den Besuch!

Augenblicke



... anlässlich des Tags gegen Kindersoldaten (Red-Hand-Day) ... mit Kolleg:innen bei der Kommission "Gesundheit und Pflege" der MIT ...



... an Valentinstag war es mal wieder Zeit für meine Herz-Foto-Sammlung ... bei der Eröffnung des Hauptstadtbüros des Bundesverbands Kinderhospiz e.V. zum Tag der Kinderhospizarbeit ...

Wenn Sie mehr zu meinen Terminen wissen wollen,
dann folgen Sie mir gerne auf Social Media!
Selbstverständlich dürfen Sie diesen Newsletter auch gerne an interessierte
Personen weiterleiten.

Meine nächsten Termine (Auswahl)

27. Februar - 03. März Plenarwoche Bundestag Berlin

Dienstag, 28. Februar: Digitale Sitzung des Arbeitskreises Gesundheit und Pflege der CDU Südbaden

Mittwoch, 01. März: Teilnahme an Podiumsdiskussion "Therapieplätze Jetzt"

Donnerstag, 02. März: Gespräch mit Vertretern des Landesfachausschusses Gesundheit Baden-Württemberg

Freitag, 03. März: Vorstandssitzung des TEB-Districtsrates

13. März- 17. März Plenarwoche Bundestag Berlin

Dienstag, 21. März: Betriebsbesichtigungen Staufen/Münstertal

Dienstag, 21. März, 17 Uhr: Politik und Pizza für Jugendliche in Staufen

Mittwoch, 22. März: Schulbesuch und Schülergespräch Realschule Dreiländereck

Mittwoch, 22. März: Sitzung CDU-Kreistagsfraktion

Mittwoch, 22. März, 19:00 Uhr: Digitale DialogWERKSTATT "Kampf um Demokratie und Frauenrechte im Iran", Link siehe Homepage

Donnerstag, 23. März: Werksbesuch Pfizer Pharma GmbH Freiburg

Donnerstag, 23. März: Antrittsbesuch bei der IHK Freiburg

Donnerstag, 23. März: Politischer Austausch mit Dorothea Störr-Ritter, Landrätin Breisgau-Hochschwarzwald

Donnerstag, 23. März: Gespräch zu sozialpolitischen Themen mit der CDU Stadtratsfraktion Freiburg

Freitag, 24. März: Teilnahme an der Podiumsdiskussion des Jugendrats Lörrach

Sonntag, 26. März: Klausur der AG Gesundheit Bundestag Berlin

27. März- 31. März Plenarwoche Bundestag Berlin

27. März: Schirmherrin Veranstaltung im Bundestag "Evaluation zu zwei Jahren Zukunftsstaffel der Deutschen Gesellschaft für Medizinische Rehabilitation e.V."





Impressum

Diana Stöcker MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin

diana.stoecker@bundestag.de